

Protokoll 21. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. November 2018, 17.00 Uhr bis 19.25 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Elena Marti (Grüne)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Markus Baumann (GLP), Pablo Bünger (FDP), Martin Götzl (SVP), Andreas Kirstein (AL), Maleica Landolt (GLP), Thomas Schwendener (SVP), Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2018/408](#) * Weisung vom 31.10.2018: VGU
Motion von Marcel Savarioud und Karin Weyermann betreffend
Schliessung der Lücken in der Palliative Care-Versorgung der
Stadt Zürich unter Berücksichtigung der nationalen Strategie,
Bericht und Abschreibung
3. [2018/411](#) * Postulat von Alan David Sangines (SP) und Vera Ziswiler (SP) VHB
E vom 31.10.2018:
Vollbeflagung der Stadt während dem Zurich Pride Festival
4. [2018/412](#) * Postulat von Alan David Sangines (SP) und Simone Brander VSI
E (SP) vom 31.10.2018:
Anpassung bestimmter Strassenverkehrssignalisationen auf das
Jubiläumsjahr 2019 des Zurich Pride Festivals
5. [2018/413](#) * Postulat von Ernst Danner (EVP), Raphael Kobler (FDP) und VGU
E 20 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:
Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von
Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesse-
rung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und
der Finanzierung
6. [2018/414](#) * Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Corina Ursprung (FDP) VSS
E und 12 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:
Integration von Seniorinnen und Senioren in die Betreuung von
Klein- und Schulkindern

7.	2018/415	* E	Postulat von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Dubravko Sinovic (SVP) vom 31.10.2018: Zusammenarbeit zwischen den politischen Kreisparteien und dem Bevölkerungsamt für den Versand von Informationsmaterial	STP
8.	2018/122		Weisung vom 21.03.2018: Finanzdepartement, Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)», Ablehnung	FV
9.	2018/407		Weisung vom 31.10.2018: Finanzdepartement, Humanitäre Hilfe im Ausland, Erdbeben und Tsunami in Sulawesi, Indonesien, Fr. 100 000.– an das Schweizerische Rote Kreuz, Zusatzkredit	FV
10.	2018/325		Weisung vom 05.09.2018: Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2018	STR
11.	2018/369		Weisung vom 26.09.2018: Finanzdepartement, Trimesterbericht II-2018 zu den Globalbudgets	STR
12.	2018/218		Weisung vom 13.06.2018: Stadtentwicklung, Genossenschaft Startzentrum, Erhöhung der Beiträge für Erstberatungen, Wissensvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit für das Jungunternehmertum, Beiträge 2019–2023	STP
13.	2018/267		Weisung vom 11.07.2018: Elektrizitätswerk, Realisierung Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Objektkredit	VIB
14.	2018/410	E	Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 31.10.2018: Einführung eines einheitlichen Tarifs beim Energieverbund Altstetten unter dem Lead des ewz	VIB
15.	2018/271		Weisung vom 11.07.2018: Elektrizitätswerk, Liegenschaften Schwamendingenstrasse 10 (Quartier Oerlikon), Tramstrasse 10 (Quartier Oerlikon), Pfingstweidstrasse 101 (Industriequartier), Gämssenstrasse 2 (Quartier Unterstrass), Mietverlängerung	VIB
16.	2018/256		Weisung vom 04.07.2018: Finanzdepartement, Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG), Wahl der Prüfstelle für die Amtsdauer 2018–2022	FV
17.	2018/268		Weisung vom 11.07.2018: Finanzdepartement, Schützengesellschaft der Stadt Zürich, Gewährung eines Darlehens für die Instandsetzung des Restaurants Schützenhaus Albisgütli, Objektkredit	FV

19. [2017/250](#) A Postulat von Eduard Guggenheim (AL), Marcel Bührig (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 12.07.2017: Angebot für einen Ersatzstandort für das Chinesische Generalkonsulat nach Ablauf des Mietvertrags FV

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

545. **2018/432**
Postulat der AL-Fraktion vom 10.11.2018:
Anpassung des Zweckerhaltungsreglements, Verwendung der Mittel des Zweckerhaltungsfonds nach den Vorgaben von Art. 14a des kantonalen Gesetzes über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung (kommunaler Wohnraumfonds)

Walter Angst (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 21. November 2018 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

546. **2018/392**
Interpellation von Monika Bättschmann (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 03.10.2018:
Dienstleistungen und Angebote für ältere Menschen, Beurteilung der heutigen Situation mit den dezentralen Strukturen und den sich daraus ergebenden Doppelspurigkeiten sowie Beurteilung eines Pilotprojekts für die Erprobung einer integrierten gesundheitlichen und sozialen Versorgung und einer an den jeweiligen Sozialräumen ausgerichteten Organisation

Markus Kunz (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 21. November 2018 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

G e s c h ä f t e**547. 2018/408****Weisung vom 31.10.2018:****Motion von Marcel Savarioud und Karin Weyermann betreffend Schliessung der Lücken in der Palliative Care-Versorgung der Stadt Zürich unter Berücksichtigung der nationalen Strategie, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 12. November 2018

548. 2018/411**Postulat von Alan David Sangines (SP) und Vera Ziswiler (SP) vom 31.10.2018: Vollbeflagung der Stadt während dem Zurich Pride Festival**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

549. 2018/412**Postulat von Alan David Sangines (SP) und Simone Brander (SP) vom 31.10.2018: Anpassung bestimmter Strassenverkehrssignalisationen auf das Jubiläumsjahr 2019 des Zurich Pride Festivals**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartments namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

550. 2018/413**Postulat von Ernst Danner (EVP), Raphael Kobler (FDP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:****Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesserung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und der Finanzierung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartments namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Bührig (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

551. 2018/414

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Corina Ursprung (FDP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:

Integration von Seniorinnen und Senioren in die Betreuung von Klein- und Schulkindern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

552. 2018/415

Postulat von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Dubravko Sinovcic (SVP) vom 31.10.2018:

Zusammenarbeit zwischen den politischen Kreisparteien und dem Bevölkerungsamt für den Versand von Informationsmaterial

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Natalie Eberle (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

553. 2018/122

Weisung vom 21.03.2018:

Finanzdepartement, Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)» wird abgelehnt.

Referent zur Vorstellung des Antrags: Präsident Dr. Urs Egger (FDP)

Antrag auf Ausarbeitung eines Gegenvorschlags

Die Mehrheit der SK FD beantragt:

Die Kommission arbeitet einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)» aus. In Übereinstimmung mit § 131 GPR in Verbindung mit § 65 a Abs. 2 und 3 VPR verlängert sich die Frist damit auf 29 Monate.

Begründung:

Mit STRB Nr. 387/2017 hat der Stadtrat die Initiative für gültig erklärt und den Vorsteher des Finanzdepartements beauftragt, einen Bericht und Antrag mit einem direkten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Die Frist für den Antrag an den Gemeinderat beträgt damit ab Einreichung der Volksinitiative 16 Monate, auch wenn nachträglich, wie bei dieser Initiative geschehen, auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags verzichtet wurde.

Die Weisung mit dem Antrag des Stadtrats wurde am 4. April 2018 der SK FD zugewiesen. Die Beratungen konnten somit erst nach der Neukonstituierung Ende Mai 2018 aufgenommen werden. Gemäss § 65 a Abs. 2 und 3 VPR beschliesst der Gemeinderat innert 23 Monaten nach Einreichung der Initiative über Zustimmung oder Ablehnung, sofern weder der Stadtrat einen Gegenvorschlag beantragt noch der Gemeinderat die Ausarbeitung eines solchen beschlossen hat. Die Frist für den Beschluss im Rat läuft somit bis am 22. Oktober 2018.

In der Kommissionsberatung werden nun die Möglichkeiten für einen direkten Gegenvorschlag erörtert. Dabei stellte sich heraus, dass die kurze Frist für die Schlussabstimmung im Rat für eine fundierte Prüfung der Varianten nicht ausreicht. Die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags in der Kommission – ohne Auftrag des Gemeinderats – hat auf die Behandlungsfristen jedoch keinen Einfluss. Da einzig ein Ratsbeschluss die Fristverlängerung um 6 Monate gemäss § 65 a VPR auslöst, muss der Gemeinderat die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags vorgängig beschliessen.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags auf Ausarbeitung eines Gegenvorschlags.

Mehrheit:	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsident Simon Diggelmann (SP), Përparim Avdili (FDP), Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Pirmin Meyer (GLP), Zilla Roose (SP), Christina Schiller (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)
Minderheit:	Urs Fehr (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Kommission arbeitet einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)» aus. In Übereinstimmung mit § 131 GPR in Verbindung mit § 65 a Abs. 2 und 3 VPR verlängert sich die Frist damit auf 29 Monate.

Mitteilung an den Stadtrat

554. 2018/407**Weisung vom 31.10.2018:****Finanzdepartement, Humanitäre Hilfe im Ausland, Erdbeben und Tsunami in Sulawesi, Indonesien, Fr. 100 000.– an das Schweizerische Rote Kreuz, Zusatzkredit**

Der Stadtrat beantragt unter sofortiger materieller Behandlung:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die bisherige Budgetposition des Kontos (2000) 3670 0099, Humanitäre Hilfe im Ausland, wird für das Jahr 2018 um Fr. 100 000.– erhöht.

Der Rat stimmt dem Antrag zur sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Urs Fehr (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats und begründet diesen.

Schlussabstimmung

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 97 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die bisherige Budgetposition des Kontos (2000) 3670 0099, Humanitäre Hilfe im Ausland, wird für das Jahr 2018 um Fr. 100 000.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

555. 2018/325**Weisung vom 05.09.2018:****Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2018**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2018 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	21 312 100	1 550 000
2. Kreditübertragungen	+590 000 -710 000	+120 000 -0
Zusatzkredite brutto	21 192 100	1 670 000

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	21 312 100	1 550 000
– den Kreditübertragungen von	+590 000	+120 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertra- gungen von	-710 000	-0
– Minderaufwendungen / Mehrerträge bzw. Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-10 898 000	-
So dass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	10 294 100	1 670 000

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Raphaël Tschanz (FDP) die Weisung zu den Zusatzkrediten II. Serie 2018 vor.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2018 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zur Dispositivziffer 1) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

S. 1	15 1501 3018 0000 3161 0000 3180 0000	Präsidialdepartement Kultur Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV) Mieten und Benutzungskosten Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter
1)	Anträge der RPK	
	Antrag Stadtrat	200 000
	Mehrheit	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsi- dent Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL),

					Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
				Abwesend	Severin Pflüger (FDP), Referent Mehrheit
	Verbesserung	200 000			
	Begründung	Antragsteller soll vorausschauender planen und budgetieren			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 2	35 3550 3092 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall Personalwerbung			
2)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	80 000		Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0		Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
				Abwesend	Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	80 000			
	Begründung	Realistischer budgetieren und nicht nach dem Prinzip Hoffnung			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

S. 2	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen			
3)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	479 100			
	Neu 1	0		Minderheit 1	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
	Verbesserung 1	479 100			
	Begründung 1	Realistischer budgetieren mit mehrjährigen Erfahrungswerten			
	Neu 2	174 100		Minderheit 2	Walter Angst (AL), Referent
	Verbesserung 2	305 000			
	Begründung 2	Beantragte Gelder werden von TED und DIB nicht oder nur teilweise benötigt			
	Neu 3	38 100		Mehrheit	Dorothea Frei (SP), Referentin; Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung 3	441 000			

	Begründung 3	Beantragte Gelder werden von TED und DIB nicht oder nur teilweise benötigt sowie unzulängliche oder fehlende Antworten bei GUD und HBD		
			Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)

Dorothea Frei (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Mehrheit zurück.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Antrag Stadtrat	(479 100)	2 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	13 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(174 100)	<u>100 Stimmen</u>
Total		115 Stimmen
= absolutes Mehr		58 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 mit 100 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 58 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

S. 3	25 2555 3120 0000	Sicherheitsdepartement Dienstabteilung Verkehr Wasser, Energie und Heizmaterialien		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
	Verbesserung	50 000		
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)
	Begründung	Der Realität entsprechend budgetieren und Rabatte anpassen		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 13 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 4	35 3535 500002	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abwasser Umbau von Liegenschaften: Sammelkonto		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	150 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer

				(SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	150 000		
	Begründung	Entscheid schneller fällen damit ordentlich budgetiert werden kann		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 4	35 3570 55000000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Grün Stadt Zürich Erwerb von unüberbauten Grundstücken		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	400 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	400 000		
	Begründung	Budgetierungsprozess berücksichtigen; in einem Jahr sind die Parzellen auch noch zu erwerben		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 5	40 4020 3101 0000	Hochbaudepartement Amt für Hochbauten Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	60 000	Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	60 000		
	Begründung	Umnutzung von Flächen rechtzeitiger angehen und Budgetprozess einhalten		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 5	45 4525 502910	Departement der Industriellen Betriebe Wasserversorgung Wasserwerke		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	500 000		Mehrheit Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David San- gines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
				Abwesend Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	500 000		
	Begründung	Budgetprozess einhalten und Problembehebung rechtzeitiger angehen		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 6	45 4540 3159 0000	Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Unterhalt übrige Mobilien		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	650 000		Mehrheit Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David San- gines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
				Abwesend Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	650 000		
	Begründung	Vorausschauender planen und Budgetprozess im Auge behalten		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
Abwesend: Severin Pflüger (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2018 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	21 007 100	1 550 000
2. Kreditübertragungen	+590 000 -710 000	+120 000 -0
Zusatzkredite brutto	20 887 100	1 670 000

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	21 007 100	1 550 000
– den Kreditübertragungen von	+590 000	+120 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-710 000	-0
– Minderaufwendungen / Mehrerträge bzw. Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-10 898 000	-
So dass sich Netto-Meherausgaben ergeben von	9 989 100	1 670 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

556. 2018/369
Weisung vom 26.09.2018:
Finanzdepartement, Trimesterbericht II-2018 zu den Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Trimesterberichte per 31. August 2018 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.
2. Für das Jahr 2018 wird mit den Trimesterberichten per 31. August 2018 beim Stadtspital Waid eine Globalbudget-Ergänzung von Fr. 1 690 000.– gemäss Erwägung Ziffer 4 genehmigt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Trimesterberichte per 31. August 2018 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
 Abwesend: Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Für das Jahr 2018 wird mit den Trimesterberichten per 31. August 2018 beim Stadtspital Waid eine Globalbudget-Ergänzung von Fr. 1 690 000.– gemäss Erwägung Ziffer 4 nicht genehmigt.

Mehrheit: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
 Abwesend: Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
 Abwesend: Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
 Abwesend: Severin Pflüger (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Trimesterberichte per 31. August 2018 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.
2. Für das Jahr 2018 wird mit den Trimesterberichten per 31. August 2018 beim Stadtspital Waid eine Globalbudget-Ergänzung von Fr. 1 690 000.– gemäss Erwägung Ziffer 4 genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

557. 2018/218

Weisung vom 13.06.2018:

Stadtentwicklung, Genossenschaft Startzentrum, Erhöhung der Beiträge für Erstberatungen, Wissensvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit für das Jungunternehmertum, Beiträge 2019–2023

Antrag des Stadtrats

1. Der Genossenschaft Startzentrum wird ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 150 000.– für die Jahre 2019–2023 bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich der Teuerungsentwicklung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte

von Juni 2012 und Dezember 2016). Eine negative Jahresteuern führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

3. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 Prozent kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag aufweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 Prozent kürzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Christian Huser (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Christian Huser (FDP), Referent; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Muammer Kurtulmus (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Rosa Maino (AL)
Abwesend:	Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Zustimmung:	Christian Huser (FDP), Referent; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP)
Abwesend:	Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Genossenschaft Startzentrum wird ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 150 000.– für die Jahre 2019–2023 bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich der Teuerungsentwicklung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Juni 2012 und Dezember 2016). Eine negative Jahresteuern führt nicht zu ei-

ner Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

3. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 Prozent kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag aufweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 Prozent kürzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 21. Januar 2019)

558. 2018/267

Weisung vom 11.07.2018:

Elektrizitätswerk, Realisierung Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Realisierung des Energieverbunds Altstetten und Höngg-West wird ein Objektkredit in der Höhe von Fr. 128 700 000.– bewilligt.
2. Die örtliche Feinerschliessung (Verdichtung) in den Gebieten Altstetten-Mitte und Altstetten-Süd erfolgen als eigenständige Projekte in Kompetenz der jeweils zuständigen städtischen Instanzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Niyazi Erdem (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Vizepräsident Michael Kraft (SP), Eduard Guggenheim (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Guido Hüni (GLP), Markus Kunz (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit:	Dubravko Sinovcic (SVP), Referent

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Realisierung des Energieverbunds Altstetten und Höngg-West wird ein Objektkredit in der Höhe von Fr. 128 700 000.– bewilligt.
2. Die örtliche Feinerschliessung (Verdichtung) in den Gebieten Altstetten-Mitte und Altstetten-Süd erfolgen als eigenständige Projekte in Kompetenz der jeweils zuständigen städtischen Instanzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

559. 2018/410

**Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 31.10.2018:
Einführung eines einheitlichen Tarifs beim Energieverbund Altstetten unter dem Lead des ewz**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Kunz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 511/2018).

Dubravko Sinovcic (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 95 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

560. 2018/271

**Weisung vom 11.07.2018:
Elektrizitätswerk, Liegenschaften Schwamendingenstrasse 10 (Quartier Oerlikon), Tramstrasse 10 (Quartier Oerlikon), Pfingstweidstrasse 101 (Industriequartier), Gämssenstrasse 2 (Quartier Unterstrass), Mietverlängerung**

Antrag des Stadtrats

1. Der Direktor des Elektrizitätswerks wird ermächtigt, die Mietverhältnisse in der Schwamendingenstrasse 10, 8050 Zürich (921 m² Bürofläche 3. OG, 532 m² Bürofläche 1. OG sowie 15 Einstellplätze), mit einem jährlichen indexierten Nettomietzins von Fr. 497 360.– (Stand des Landesindex der Konsumentenpreise Mai 2016) zuzüglich Nebenkosten gemäss Ziffer 5 des Nachtrags 2 zum Mietvertrag vom 10. April 2007 und zum Nachtrag 1 vom 30. April 2013 zwischen der Stadt Zürich (Elektrizitätswerk) und der Privera AG ab dem 1. September 2022 jeweils um zwölf Monate, höchstens bis zum 31. August 2027, zu verlängern.
2. Der Direktor des Elektrizitätswerks wird ermächtigt, den Nachtrag 3 zwischen der Stadt Zürich (Elektrizitätswerk) und der ELSAG AG zum Mietvertrag vom 15. April 2009 betreffend Miete von 595 m² Bürofläche im 2. und 3. OG, zum Mietvertrag vom 30. April bzw. 14. Mai 2013 betreffend Miete der Zusatzfläche «1» von 58 m² im

3. OG sowie zum Mietvertrag vom 30. April bzw. 14. Mai 2013 betreffend Miete der Zusatzfläche «2» von 209 m², alle an der Tramstrasse 10 in 8050 Zürich, betreffend Optionen für eine jährliche Verlängerung der Mietverhältnisse ab 1. Mai 2024 bis längstens 30. April 2027 (Version vom 12. Februar 2018) zu einem jährlichen indexierten Mietzins von insgesamt Fr. 194 865.– (Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise Dezember 2008) zuzüglich Nebenkosten, abzuschliessen sowie die Optionen für eine Verlängerung dieser Mietverhältnisse im Bedarfsfall um jeweils ein Jahr maximal bis zum 30. April 2027 einzulösen.
3. Der Weiterführung der unbefristeten Mietverhältnisse mit der ELSAG AG an der Tramstrasse 10 bzw. 6/8 in 8050 Zürich (Lagerfläche 1 von 85 m² im 1. UG für jährlich Fr. 10 200.– zuzüglich Nebenkosten [Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise Oktober 2006]; Lagerfläche 2 von 55 m² im 1. UG für jährlich Fr. 5500.– inklusive Nebenkosten [Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise Juli 2010]; 19 Garagen- bzw. Einstellplätze für jährlich insgesamt Fr. 34 680.–, teilweise zuzüglich Nebenkosten) bis längstens 30. April 2027 wird zugestimmt.
4. Der Direktor des Elektrizitätswerks wird ermächtigt, den Mietvertrag zwischen der Stadt Zürich (Elektrizitätswerk) und Esther Hirt-Brunnschweiler betreffend Miete der Liegenschaft Gämsenstrasse 2 in 8006 Zürich, zu einem jährlich indexierten Mietzins von Fr. 271 968.– (Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise März 2018) zuzüglich Nebenkosten, laufend ab 1. Oktober 2019 mit einer festen Vertragsdauer bis 30. September 2024 abzuschliessen sowie den Mietvertrag ab 1. Oktober 2024 für weitere drei Jahre bis maximal 30. September 2027 (Version vom 27. April 2018) zu verlängern.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

- Zustimmung: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Niyazi Erdem (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Vizepräsident Michael Kraft (SP), Eduard Guggenheim (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Dubravko Sinovcic (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
- Enthaltung: Guido Hüni (GLP), Ronny Siev (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

- Zustimmung: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Niyazi Erdem (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Vizepräsident Michael Kraft (SP), Eduard Guggenheim (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Dubravko Sinovcic (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
- Enthaltung: Guido Hüni (GLP), Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Niyazi Erdem (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Vizepräsident Michael Kraft (SP), Eduard Guggenheim (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Dubravko Sinovcic (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
 Enthaltung: Guido Hüni (GLP), Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Marianne Aubert (SP), Niyazi Erdem (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Vizepräsident Michael Kraft (SP), Eduard Guggenheim (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Dubravko Sinovcic (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
 Enthaltung: Guido Hüni (GLP), Ronny Siev (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Direktor des Elektrizitätswerks wird ermächtigt, die Mietverhältnisse in der Schwamendingenstrasse 10, 8050 Zürich (921 m² Bürofläche 3. OG, 532 m² Bürofläche 1. OG sowie 15 Einstellplätze), mit einem jährlichen indexierten Nettomietzins von Fr. 497 360.– (Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise Mai 2016) zuzüglich Nebenkosten gemäss Ziffer 5 des Nachtrags 2 zum Mietvertrag vom 10. April 2007 und zum Nachtrag 1 vom 30. April 2013 zwischen der Stadt Zürich (Elektrizitätswerk) und der Privera AG ab dem 1. September 2022 jeweils um zwölf Monate, höchstens bis zum 31. August 2027, zu verlängern.
2. Der Direktor des Elektrizitätswerks wird ermächtigt, den Nachtrag 3 zwischen der Stadt Zürich (Elektrizitätswerk) und der ELSAG AG zum Mietvertrag vom 15. April 2009 betreffend Miete von 595 m² Bürofläche im 2. und 3. OG, zum Mietvertrag vom 30. April bzw. 14. Mai 2013 betreffend Miete der Zusatzfläche «1» von 58 m² im 3. OG sowie zum Mietvertrag vom 30. April bzw. 14. Mai 2013 betreffend Miete der Zusatzfläche «2» von 209 m², alle an der Tramstrasse 10 in 8050 Zürich, betreffend Optionen für eine jährliche Verlängerung der Mietverhältnisse ab 1. Mai 2024 bis

längstens 30. April 2027 (Version vom 12. Februar 2018) zu einem jährlichen indexierten Mietzins von insgesamt Fr. 194 865.– (Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise Dezember 2008) zuzüglich Nebenkosten, abzuschliessen sowie die Optionen für eine Verlängerung dieser Mietverhältnisse im Bedarfsfall um jeweils ein Jahr maximal bis zum 30. April 2027 einzulösen.

3. Der Weiterführung der unbefristeten Mietverhältnisse mit der ELSAG AG an der Tramstrasse 10 bzw. 6/8 in 8050 Zürich (Lagerfläche 1 von 85 m² im 1. UG für jährlich Fr. 10 200.– zuzüglich Nebenkosten [Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise Oktober 2006]; Lagerfläche 2 von 55 m² im 1. UG für jährlich Fr. 5500.– inklusive Nebenkosten [Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise Juli 2010]; 19 Garagen- bzw. Einstellplätze für jährlich insgesamt Fr. 34 680.–, teilweise zuzüglich Nebenkosten) bis längstens 30. April 2027 wird zugestimmt.
4. Der Direktor des Elektrizitätswerks wird ermächtigt, den Mietvertrag zwischen der Stadt Zürich (Elektrizitätswerk) und Esther Hirt-Brunnschweiler betreffend Miete der Liegenschaft Gämssenstrasse 2 in 8006 Zürich, zu einem jährlich indexierten Mietzins von Fr. 271 968.– (Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise März 2018) zuzüglich Nebenkosten, laufend ab 1. Oktober 2019 mit einer festen Vertragsdauer bis 30. September 2024 abzuschliessen sowie den Mietvertrag ab 1. Oktober 2024 für weitere drei Jahre bis maximal 30. September 2027 (Version vom 27. April 2018) zu verlängern.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 21. Januar 2019)

561. 2018/256

Weisung vom 04.07.2018:

Finanzdepartement, Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG), Wahl der Prüfstelle für die Amtsdauer 2018–2022

Antrag des Stadtrats

Als Prüfstelle für die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG) für die Amtsdauer 2018–2022 wird die KPMG AG, Badenerstrasse 172, 8026 Zürich, gewählt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP)

Schlussabstimmung

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsident Simon Diggelmann (SP), Walter Angst (AL) i. V. von Christina Schiller (AL), Urs Fehr (SVP), Anjushka Früh (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP), Luca Maggi (Grüne), Pirmin Meyer (GLP), Zilla Roose (SP), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)

Abwesend: Përparim Avdili (FDP), Elena Marti (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 102 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Als Prüfstelle für die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG) für die Amtsdauer 2018–2022 wird die KPMG AG, Badenerstrasse 172, 8026 Zürich, gewählt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

562. 2018/268

Weisung vom 11.07.2018:

Finanzdepartement, Schützengesellschaft der Stadt Zürich, Gewährung eines Darlehens für die Instandsetzung des Restaurants Schützenhaus Albisgütli, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Der Schützengesellschaft der Stadt Zürich wird für die 1. Etappe der Instandsetzung des Restaurants Schützenhaus Albisgütli (einschliesslich Gesamterneuerung Produktionsküche, Erneuerung Haustechnik und Sanitäranlagen) ein zu 1,75 Prozent verzinsliches, innert 20 Jahren rückzahlungspflichtiges und grundpfandgesichertes Darlehen von höchstens zwei Millionen Franken gewährt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP)

Schlussabstimmung

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsident Simon Diggelmann (SP), Walter Angst (AL) i. V. von Christina Schiller (AL), Urs Fehr (SVP), Anjushka Früh (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP), Pirmin Meyer (GLP), Zilla Roose (SP), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)
Enthaltung:	Luca Maggi (Grüne)
Abwesend:	Përparim Avdili (FDP), Elena Marti (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 103 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Schützengesellschaft der Stadt Zürich wird für die 1. Etappe der Instandsetzung des Restaurants Schützenhaus Albisgütli (einschliesslich Gesamterneuerung Produktionsküche, Erneuerung Haustechnik und Sanitäranlagen) ein zu 1,75 Prozent verzinsliches, innert 20 Jahren rückzahlungspflichtiges und grundpfandgesichertes Darlehen von höchstens zwei Millionen Franken gewährt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 21. Januar 2019)

563. 2017/250
Postulat von Eduard Guggenheim (AL), Marcel Bührig (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 12.07.2017:
Angebot für einen Ersatzstandort für das Chinesische Generalkonsulat nach Ablauf des Mietvertrags

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Eduard Guggenheim (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3121/2017).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 69 gegen 22 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

564. 2018/432
Postulat der AL-Fraktion vom 10.11.2018:
Anpassung des Zweckerhaltungsreglements, Verwendung der Mittel des Zweckerhaltungsfonds nach den Vorgaben von Art. 14a des kantonalen Gesetzes über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung (kommunaler Wohnraumfonds)

Von der AL-Fraktion ist am 10. November 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Reglement über die Zweckerhaltung unterstützter Wohnungen (Zweckerhaltungsreglement, AS 841 .160) so angepasst werden kann, dass die Verwendung der Mittel des Zweckerhaltungsfonds den Vorgaben von Artikel 14a des kantonalen Gesetzes über die Wohnbau- und Eigentumsförderung (Kommunaler Wohnraumfonds) entspricht. Der Zweckerhaltungsfonds soll später in den kommunalen Wohnraumfonds zur Förderung des Kaufs von Bauland und Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger (Motion 2017/104) integriert werden.

Begründung:

Die Stadt Zürich führt einen Zweckerhaltungsfonds, der auf den Grundsätzen betreffend die Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus vom 9. Juli 1924 basiert. Der Zweckerhaltungsfonds wird gespeist aus Rückzahlungen früherer, in der Bilanz abgeschriebenener Subventionsleistungen und dem höheren Zinsertrag aus vorübergehenden Zweckentfremdungen von subventionierten Wohnungen. Die Mittel des Fonds werden weitgehend in Übereinstimmung mit den Vorgaben von Artikel 14a des kantonalen Gesetzes über die Wohnbau- und Eigentumsförderung (Kommunale Wohnraumfonds) verwendet.

Nicht den Bestimmungen entsprechen dürfte die seit dem Jahr 1997 praktizierte und mit STRB 486/2016 ins Zweckerhaltungsreglement aufgenommene Übernahme der Verwaltungskosten des Büros für Wohnbauförderung von rund 700'000 CHF. Der entsprechende Beitrag ist denn auch mit dem Novemberbrief aus dem Budget 2019 herausgenommen worden.

Um den Zweckerhaltungsfonds in Übereinstimmung mit kantonalem Recht aufrechterhalten und baldmöglichst in den mit Motion 2017/104 dem Stadtrat erteilten Auftrag zur Vorlage einer Weisung für die Bildung eines kommunalen Wohnraumfonds integrieren zu können, ist das Zweckerhaltungsreglement (insbeson-

dere Artikel 1 O; Verwendung) vom Stadtrat möglichst umgehend anzupassen. Die Mittel des Fonds - aktuell knapp 25 Mio. CHF - sollen der von der Motion geforderten Dotation des Wohnraumfonds angerechnet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**565. 2018/439
Interpellation von Pascal Lamprecht (SP) und Urs Helfenstein (SP) vom
14.11.2018:**

Raumbedarfsstrategie Sport, Übersicht über die offiziell in der Stadt betriebenen Sportarten, der Sportanlagen und der Auslastung dieser Anlagen sowie Angaben betreffend die stadtinternen Abläufe bei der Bedarfsanmeldung und die Kompetenzverteilung innerhalb der Verwaltung

Von Pascal Lamprecht (SP) und Urs Helfenstein (SP) ist am 14. November 2018 folgende Interpellation eingereicht worden:

Berichte häufen sich, dass für diverse Sportarten in der Stadt Zürich die bestehenden Anlagen nicht mehr ausreichen. Dies zeigen auch parlamentarische Vorstösse für mehr Wasserflächen, mehr Fussballfelder, grössere Turnhallen etc., aber auch Anfragen anlässlich von Quartier- und Sportveranstaltungen von Vereinen und SportlerInnen. Dies betrifft insbesondere auch Sportarten, welche weniger im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Zudem gibt es Sportarten, welche in der Stadt Zürich aufgrund fehlender Anlagen nicht oder kaum ausgeübt werden können, obwohl das Bedürfnis besteht und von den Ausübenden längere Wege ausserhalb der Stadt in Kauf genommen werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gemäss der Raumbedarfsstrategie RBS Sport der Stadt Zürich gibt es drei Szenarien, nämlich "Schrumpfung", "Status Quo" und "Wachstum". Der Stadtrat legt sich auf das Szenario "Status Quo" fest, d.h. eine punktuelle bedarfsgerechte Sanierung und Modernisierung der bestehenden Infrastruktur unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums. Im kommunalen Richtplan wird zudem als Ziel festgehalten, dass die Stadt Zürich grundsätzlich über ausreichend Sportinfrastruktur für den Breitensport verfügen solle. Welche Gründe sprechen gegen eine moderate Wachstums-Strategie, gerade auch hinsichtlich der in der Einleitung erwähnten zahlreichen Hinweise auf den sog. "Dichtestress" in Sportanlagen?
2. Gibt es eine vollständige Übersicht über die Sportarten, welche in der Stadt Zürich offiziell betrieben werden? Wir bitten den Stadtrat um eine Auflistung der ihm bekannten in der Stadt ausgeübten Sportarten.
3. Wir bitten den Stadtrat um eine Übersicht über die Sportanlagen (Indoor und Outdoor) in tabellarischer Form sowie über deren jeweiligen Sanierungsbedarf (kurz-, mittel- und langfristig).
4. Wie stark sind die bestehenden Sportanlagen ausgelastet (allenfalls gruppiert je nach Sportarten und/oder Art der Sportanlage)? Welches sind die zeitlichen Schwankungen grundsätzlich (saisonal, aber auch nach Tagesstunden und Wochentagen)?
5. Wird die Auslastung teilweise über Gebühren gesteuert? Müssen die Gebühren einen gewissen Kostendeckungsgrad erreichen und, falls ja, welchen? Sind die Gebühren zur Benützung von Sportanlagen (zeitlich und räumlich) einheitlich?
6. Welches sind die stadtinternen Abläufe bei Bedarfsanmeldung nach einer neuen Sportanlage oder bei Bedarfsanmeldung nach einer notwendigen Sanierung? Können SportlerInnen bei Bedarf sich direkt an ein "Kompetenz-Zentrum" des Sportamts wenden oder müssen sie selbst die möglicherweise involvierten Ämter konsultieren? Gibt es unterschiedliche Kompetenzverteilungen innerhalb der Stadtverwaltung, z.B. hinsichtlich Indoor- und Outdoor-Sportarten? Gibt es eine strikte Aufgabenteilung hinsichtlich Auftraggeber und –empfänger innerhalb der Stadt, falls die Stadt selbst Sportanlagen erstellt oder saniert?
7. Welche Möglichkeiten hinsichtlich der Finanzierung gibt es, falls nicht die SportlerInnen selbst für die gesamte Finanzierung aufkommen? Wie bewertet der Stadtrat die verschiedenen möglichen Finanzierungsmodelle (Fondslösungen, Rahmenkredite, Globalbudget, (wiederkehrende) Beiträge, fixe Budgetposten etc), insbesondere hinsichtlich grösstmöglicher Flexibilität gegenüber Trends in der Sportlandschaft?

8. Wie gedenkt der Stadtrat grundsätzlich auf Trends bzw. Trendsportarten zu reagieren? Wie wird gewährleistet, dass Trendsportarten auch in der Stadt Zürich ausgeübt werden können, bei kurzlebigen Trends jedoch die Sportanlage mittelfristig nicht verödet, sondern umgenutzt werden kann?

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

566. 2018/440
Schriftliche Anfrage von Sven Sobernheim (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 14.11.2018:
Kapazitätsprobleme auf ausgewählten Tramlinien der Stadt, Beurteilung der Auslastung und der Kapazitäten auf gewissen Linien sowie betriebliche und vertragliche Voraussetzungen für eine Verlagerung von Kapazitätsreserven

Von Sven Sobernheim (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) ist am 14. November 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die VBZ haben in ihrer Medienmitteilung vom 14. November 2018 angekündigt, dass sie zusammen mit der Verlängerung der Tramlinie 2 ab September 2019 ihre zwei alten Mirage aus dem Extrafahrten- bzw. Museumsbetrieb wieder in den Regelbetrieb überführen. Dies um den Betrieb trotz der verzögerten Beschaffung der Flexitytrams sicherzustellen. Gleichzeitig besteht aber auch, z.B. auf der 8er Linie, bei den bestehenden Fahrzeugen ein Kapazitätsproblem.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Auslastung der Tramlinien in der Stadt Zürich? Dies insbesondere auf den Linien 8 und 15, welche mit verkürztem Rollmaterial geführt werden?
2. Die Tramlinie 12 wird, trotz schlechter Auslastung, mit Cobratrams geführt. Ist es möglich diese Kapazitätsreserven z.B. auf die Linie 8 zu verschieben?
3. Gibt es betriebliche Gründe, welche dagegen sprechen? Wenn ja, welche?
4. Gibt es vertragliche Gründe, welche dagegen sprechen? Wenn ja, welche?
5. Welche Bedingungen weist der Vertrag zwischen der VBZ und der VBG zum Betrieb der Linie 10 und 12 auf, welche sich nachteilig auf den Betrieb in der Stadt Zürich auswirken?
6. Strebt der Stadtrat nach 10 Jahren Erfahrung im Betrieb der Glattalbahn, Neuverhandlungen an?
7. Welche Auswirkungen hat der Mirage Einsatz auf die Frage der Behindertengerechtigkeit, z.B. am Klusplatz?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

567. 2018/285
Schriftliche Anfrage der AL-Fraktion vom 11.07.2018:
Geplante Begegnungszone an der Molkenstrasse, Begründung für die Einführung von Tempo 20, Prüfung von Alternativen bei der Aufhebung von Parkplätzen sowie Berücksichtigung des Umbaus des Amtshaus Helvetiaplatz und des alten Postgebäudes

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 900 vom 31. Oktober 2018).

Nächste Sitzung: 14. November 2018, 21 Uhr.